



Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Es informiert Sie

Anschrift Rathaus Barmen
42275 Wuppertal

Telefon (0202) 563 24 44
Fax (0202) 45 53 89
E-Mail spdrat@t-online.de

Datum 04.09.2001

Drucks. Nr. 1095/01
öffentlich

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Hans Kremendahl
Rathaus/Wegnerstraße

42269 Wuppertal

Antrag

Zur Sitzung am
24.09.2001

Gremium
Rat der Stadt Wuppertal

Sanitäts- und rettungsdienstliche Anforderungen für Veranstaltungen

Beschlussvorschlag

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal stellt folgenden Antrag:

Sanitäts- und rettungsdienstliche Anforderungen für Veranstaltungen

1. Der Rat der Stadt Wuppertal fordert die Verwaltung auf, sanitäts- und rettungsdienstliche Bestimmungen für öffentliche Veranstaltungen (u.a. das sogenannte „Maurer-Papier“) flexibel und bürgerfreundlich anzuwenden. Sie orientiert sich dabei an der Praxis anderer Städte.
2. Im Ausschuss Schutz und Ordnung legt die Verwaltung detailliert dar, welche Anforderungen Vereine und Organisationen bei der Durchführung von Veranstaltungen erfüllen müssen und wie sich die durch Rettungs- und Sanitätsdienste verursachten Kosten in den vergangenen Jahren entwickelt haben. Außerdem berichtet sie über die Praxis der Anwendung des „Maurer-Papiers“ in anderen Städten.

Unterschrift

Mit freundlichen Grüßen

Manfred Zöllmer
Fraktionsvorsitzender

Begründung

Bürgervereine, Sportvereine und andere Veranstalter von Festen in Wuppertal klagen zunehmend über immer höhere Auflagen für Sanitäts- und Rettungsdienste und damit verbundene steigende Kosten. Insbesondere die Anwendung der „Maurer-Liste“ führt dazu, dass Stadtteilfeste, Sportveranstaltungen etc., die in der Vergangenheit ohne Probleme durchgeführt werden konnten, wegen der sich nun vervielfachenden Anforderungen gefährdet sind. Verschiedene Veranstalter kündigten bereits an, ihre Veranstaltungen zukünftig nicht mehr durchführen zu können.

Die Verwaltung sollte unter flexibler Anwendung der verschiedenen sanitäts- und rettungsdienstlichen Bestimmungen ein Verfahren entwickeln, das es den Vereinen erlaubt auch weiterhin ihre Veranstaltungen durchzuführen.